

Nr. 20/02 vom 19.02.2020

Arbeitskreis „Zukunftsenergien“

Die nationale Wasserstoffstrategie der Bundesregierung – Positionen der Stakeholder

Berlin. Mit ihrer nationalen Wasserstoffstrategie will die Bundesregierung die geeigneten Rahmenbedingungen für einen erfolgreichen Markthochlauf von Wasserstoff setzen, um die erwarteten Dekarbonisierungspotenziale zu nutzen. Im Rahmen des Arbeitskreises „Zukunftsenergien“ am 12. Februar 2020 wurde darüber diskutiert, welche Erwartungen die Stakeholder mit dieser Strategie verknüpfen und welche Rolle dabei eine Zusammenarbeit mit den Niederlanden spielen könnte.

Wasserstoff werde zur Dekarbonisierung benötigt - deshalb sei die Dringlichkeit, eine nationale Wasserstoffstrategie alsbald zu verabschieden, allen Stakeholdern bewusst, betonte MinDirig. Ulrich Benterbusch, Leiter der Unterabteilung II B Effizienz und Wärme in Industrie und Haushalten, nachhaltige Mobilität im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in seinem Impulsvortrag. Nachdem die Ressortabstimmung über den Entwurf der nationalen Wasserstoffstrategie (NWS) eingeleitet sei, erwarte er die Vorlage einer abgestimmten Strategie im März 2020. Wenn auch die im Entwurf definierten Ziele mit „Augenmaß“ gesetzt worden seien, sei davon auszugehen, dass ihre Umsetzung mit beachtlichen Herausforderungen verbunden sein werde.

Die ausschließliche Nutzung von grünem Wasserstoff auf der Grundlage erneuerbarer Energien sei dabei das langfristige Ziel der Bundesregierung. Um die Anwendung von Wasserstoff aber möglichst schnell und breit zu befördern, gerade auch unter Kostenaspekten, sehe die nationale Wasserstoffstrategie auch die Nutzung von blauem Wasserstoff unter Einbeziehung von CCS vor. Im Mittelpunkt der Strategie stünden Anwendungen in der Industrie und mittelfristig auch im Mobilitätsbereich – eine Anwendung im Wärmebereich sei erst langfristig vorstellbar. Darüber hinaus sei es entscheidend, faire internationale Energiepartnerschaften einzugehen und das Thema Wasserstoff auf europäischer Ebene stärker aufzunehmen.

Der Wasserstoffbeauftragte im Ministerium für Wirtschaft und Klimapolitik der Niederlande, Noé van Hulst, unterstrich, dass die Industrie in einer klimaneutralen Welt nur mit Nutzung von klimaneutralem Wasserstoff „überleben“ könne. Dabei sollten blauer und grüner Wasserstoff gleichermaßen eingesetzt werden. In den Niederlanden fokussiere man den Wasserstoffeinsatz zunächst auf industrielle Cluster in Hafengebieten, wie z.B. in Rotterdam. Zwischen diesen Clustern werde bis zum Jahr 2026 ein Transportnetz für reinen Wasserstoff aufgebaut. In den Planungen spiele die Anbindung an das Ruhrgebiet und die dort ansässigen Abnehmer eine entscheidende Rolle. Mit einer gemeinsamen Machbarkeitsstudie unter dem Titel HY3 und der Beteiligung des BMWi, des Landes NRW und den Niederlanden würden grenzüberschreitende Möglichkeiten zur großtechnischen Herstellung von grünem Wasserstoff untersucht, so van Hulst.

Dr. Carsten Rolle, Abteilungsleiter Energie- und Klimapolitik beim Bundesverband der Deutschen Industrie e.V., hob hervor, dass Deutschland derzeit bei der Wasserstofftechnologie noch einen Wettbewerbsvorsprung besitze. Damit dieser erhalten bleibe, sei es notwendig, die NWS zügig umzusetzen. Die Zielvorgaben im Entwurf der Strategie seien allerdings nicht ausreichend ambitioniert, denn der erwartete Bedarf an Wasserstoff in der Industrie sei deutlich höher. Zudem müsse ein

kosteneffizienter Ausbau der erneuerbaren Energien zu einem integralen Teil der Wasserstoffstrategie werden. Um die Wettbewerbsfähigkeit von grünem Wasserstoff zu sichern, sei es laut Dr. Rolle zudem notwendig, eine rechtssichere EEG-Befreiung durchzusetzen und eine wirksame CO₂-Bepreisung einzuführen.

Bjarne Lauritz Bull-Berg, Country Manager und Vice President der Equinor Deutschland GmbH, betonte in seinem Statement die Rolle von blauem Wasserstoff. Mit dessen Nutzung könnten die Emissionsreduktionsziele kostengünstig erreicht und so der Weg hin zu einem klimaneutralen Energiesystem geebnet werden. Bereits seit 1996 betreibe Equinor eine Offshorespeicherung von abgeschiedenem CO₂ (CCOS). Bei diesem Verfahren werde verflüssigtes CO₂ in permanenten Offshore-Unterwasserspeichern eingelagert. Bull-Berg sprach sich darüber hinaus für den Aufbau eines reinen Wasserstoffnetzes aus – ein solches Netz sichere die Qualität für die Kunden am besten.

Der wissenschaftliche Geschäftsführer des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, Prof. Dr.-Ing. Manfred Fischedick, stellte heraus, dass die nächste große Stufe der Emissionsreduktion nur mit Wasserstoff gelingen könne, weshalb die NWS essenziell sei. Der Entwurf sei zwar ein guter Startpunkt für weitere Diskussionen, müsse jedoch an einigen Stellen konkretisiert werden. So müsse u.a. geklärt werden, welche Rolle den verschiedenen Akteuren beim Aufbau einer H₂-Infrastruktur zukommt und wie man den deutlichen Ausbau der erneuerbaren Energien sichern könne, damit ein substanzieller Teil der H₂-Wertschöpfungskette in Deutschland abgedeckt werde. Prof. Dr. Fischedick empfahl, mögliche Optionen konsequent zu entwickeln sowie Re-Investitionsbedarf und Erneuerungszyklen zu nutzen, um lock-in-Situationen, gerade in den energieintensiven Industrien, zu vermeiden.

In der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten die Abgeordneten Dr. Joachim Pfeiffer, MdB (CDU/CSU), Andreas Rimkus, MdB (SPD), Dr. Lukas Köhler, MdB (FDP), Klaus Ernst, MdB (Die Linke), und Oliver Krischer, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), unter Moderation von Dr. Frank-Michael Baumann, Geschäftsführer der EnergieAgentur.NRW, sowie Vorsitzender des Arbeitskreis „Zukunftsenergien“, über die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung. Dr. Pfeiffer betonte, dass das Ziel der NWS eine marktwirtschaftlich integrierte Wasserstoffwirtschaft sei. Beim Markthochlauf seien zunächst alle Arten von Wasserstoff willkommen. Damit ein Markt geschaffen werden könne, sei es wichtig, die Kosten für die Wasserstoffproduktion zu senken. Die NWS unterstütze dies durch Pilotprojekte, die zu einer Kostendegression führen sollen, erläuterte Dr. Pfeiffer. Rimkus mahnte, in der ganzen Debatte um neue Energieträger den Arbeitsplatzaspekt nicht zu vernachlässigen. Gerade die Braunkohlereviere sollten eine entscheidende Rolle beim Aufbau von Wasserstoffstandorten spielen. Insgesamt wertete Rimkus den Entwurf der NWS als „dünn“, die Strategie müsse nun mit konkreten Instrumenten hinterlegt werden. Auch Dr. Köhler bewertete den Entwurf als nicht konsequent genug. Damit Wasserstoff eine Chance gegenüber günstigen fossilen Brennstoffen habe, müsse durch ein Massenangebot der Preis reduziert werden. Aus diesem Grund seien die im Entwurf genannten Zielvorgaben absurd - die zukünftigen Anwendungsbereiche richteten sich ebenfalls nach dem Preis, so Dr. Köhler. Auch der Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft und Energie des Deutschen Bundestages Klaus Ernst machte geltend, dass Wasserstoff zur Erreichung der Klimaschutzziele benötigt werde. Wie Rimkus sprach er sich dafür aus, Wasserstoff auch im Mobilitätssektor einzusetzen. In Bezug auf die Infrastrukturplanung für Wasserstoffnetze empfahl Ernst, kurzfristig mit den Planungen von Netzen zu beginnen, damit es zukünftig nicht zu Engpässen komme. Oliver Krischer vertrat die Auffassung, dass Wasserstoff eine wichtige Thematik sei, aber nicht den Kern des energietechnischen Systems darstelle. Um den Bedarf an Wasserstoff zu decken, sei es wichtig, in Deutschland und international erneuerbare Energien stärker auszubauen. Er kritisierte, dass im Entwurf der NWS eine grundlegende Abgabenreform fehle. Auch sei eine großangelegte Planung der benötigten Infrastrukturen derzeit schwierig, denn es müsse sich erst zeigen, wo sinnvolle Anwendungen entstünden. Krischer empfahl daher, sich auf den Einsatz von Wasserstoff im Stahlsektor zu fokussieren, um diese Branche auch weiterhin wettbewerbsfähig zu halten.

Wir danken der Equinor Deutschland GmbH für die Unterstützung sowie der Botschaft des Königreichs der Niederlande in Berlin für die Gastfreundschaft.

Die Präsentationen stehen in Kürze für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien e.V. auf der Website (Presse/Publikationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten haben, senden Sie bitte eine E-Mail an: info@zukunftsenergien.de.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 230 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.
Reinhardtstr. 3
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
www.zukunftsenergien.de
Twitter @FfZeV